Zorn der Feministinnen auf Regierung López Obrador lässt in Mexiko nicht nach

21.02.2020 14:11

Von Sonja Gerth
amerika21

Mexiko-Stadt. Nach den brutalen Morden an einer jungen Frau und einem Mädchen in Mexiko-Stadt wird im Land intensiv über Gewalt an Frauen und Auswege aus der Krise diskutiert. Präsident Andrés Manuel López Obrador (Amlo) steht wegen seiner oberflächlichen Kommentare weiterhin in der Kritik.

Die Gouverneurin von Mexiko-Stadt, Claudia Sheinbaum, gab am Mittwochabend bekannt, dass die mutmaßlichen Mörder der siebenjährigen Fátima gefasst wurden. Das Paar, das angeblich die Familie des Opfers gekannt haben soll, wurde bei einem Einsatz der Nationalgarde im Bundesstaat Mexiko verhaftet. Mit dieser Nachricht konnte sie den Zorn der Feministinnen auf die Landes- und Bundesregierung allerdings kaum abschwächen.

Diese werfen dem Präsidenten vor, das Ausmaß der Gewalt gegen Frauen im Land nicht genügend verstanden zu haben. Zum Mord an Fátima hatte Amlo erklärt, der Neoliberalismus sei Schuld am Zerfall des sozialen Netzes der Menschen und damit indirekt am Tod der Kleinen. Deren Eltern waren nicht pünktlich zu Schulschluss zum Abholen ihrer Tochter erschienen, woraufhin die Schule das Kind einer nicht abholberechtigten Person - der jetzt verhafteten Frau - übergab. Zudem wähnte der Präsident nicht genannte politische Gegner hinter der "Kampagne" der Feministinnen, um seiner Regierung zu schaden. Mitglieder seiner Morena-Partei sprangen ihm bei und erklärten, der Tod von Fátima sei Schuld der Familie und nicht der Regierung.

"Die Äußerungen des Präsidenten sind respektlos und außerhalb des Rechts", erklärte die feministische Anwältin Andrea Medina auf einem hochrangigen Forum über Femizide am Mittwoch. Sie und mehrere Parlamentsabgeordnete sprachen sich auch gegen die Erhöhung des Strafmaßes für Frauenmörder aus, die am Dienstag im Parlament beschlossen worden war. Demnach wird Feminizid nun mit bis zu 65 Jahren Haft geahndet. "Ich gratuliere euch nicht dafür", sagte Medina. In einem Land, in dem fast 100 Prozent aller Delikte straffrei blieben, sei eine Straferhöhung purer Populismus.

Die in Lateinamerika berühmte Soziologin und Feministin Marcela Lagarde, die den Begriff "Feminizid" geprägt hat, wandte sich in einer Rede gegen den "moralischen Kompass", den López Obrador eingefordert hatte: "Die Ungleichheit der Geschlechter im Land ist strukturell und nicht moralisch. Zuerst müssen wir die soziale, wirtschaftliche und rechtliche Gleichheit zwischen Frauen und Männern erreichen. Erst danach wird es Veränderungen in der Moral geben", urteilte Lagarde. Die 71-jährige unterstützte die Proteste der jungen Frauen auf den Straßen und äußerte Verständnis dafür, dass diese aus Wut Denkmäler besprühten oder Türen anzündeten.

Für den heutigen Freitag haben Frauenkollektive erneut Proteste angekündigt: Zur Hauptverkehrszeit soll in der Hauptstadt Mexiko-Stadt der öffentliche Nahverkehr blockiert werden.

Zurück zur Newsübersicht

Pariser Str. 13 • D - 81667 München
info@oeku-buero.de
fon: +49 89 448 59 45

Bankverbindung: Stadtsparkasse München
IBAN: DE 65 7015 0000 0056 1762 58
BIC: SSKMDEMM

www.oeku-buero.de